

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Qualitätsstandards der freien Berufe gewährleisten

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die freien Berufe eine wichtige Rolle für die Wirtschaft sowie Verbraucherinnen und Verbraucher in Mecklenburg-Vorpommern spielen und eine Qualitätssicherung unbedingt erforderlich ist.
2. Der Landtag schließt sich der Empfehlung des Bundesrates auf Drucksache 717/1/13 vom 18.11.2013 bezüglich der Mitteilung der Europäischen Kommission zur Bewertung der nationalen Reglementierung des Berufszugangs an.
3. Die Landesregierung wird beauftragt, den Landtag in regelmäßigen Abständen über den Fortgang des Verfahrens der Europäischen Kommission hinsichtlich der Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs zu freien Berufen zu informieren.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Sinne eines umfassenden Verbraucherschutzes und einer stabilen Wirtschaft auf Bundesebene im weiteren Verfahren für eine Gewährleistung hoher Standards hinsichtlich der Reglementierungen des Berufszugangs zu freien Berufen einzusetzen.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Am 02.10.2013 veröffentlichte die EU-Kommission die Mitteilung „zur Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs“, Com(2013)676. Grund hierfür ist die Transparenzregelung des Artikels 59 der revidierten Berufsqualifikationsrichtlinie COM(2011)883, wobei es um national regulierte Berufe, deren Berufszugangsregulierungen und deren Rechtfertigungsgründe geht. In der Mitteilung gibt die EU-Kommission einen detaillierten Zeitplan vor. Hiernach sollte der Evaluierungsprozess bereits im November 2013 beginnen. Am Ende sollen homogenere und moderne Zugangsvoraussetzungen geschaffen werden.

Am 18.11.2013 gab der Bundesrat auf Drucksache 717/1/13 eine Empfehlung bezüglich der Mitteilung der EU-Kommission heraus. Hierin begrüßte man zwar das Ziel hinsichtlich der Reglementierung von Berufen Transparenz herzustellen, weist aber ebenfalls daraufhin, dass eine pauschale Deregulierung nicht verbraucherfreundlich ist und auch nicht zu mehr Wirtschaftswachstum führt. Dieser Auffassung schließt sich die Fraktion DIE LINKE an.

Prinzipiell ist gegen eine Homogenisierung der Berufszugangsvoraussetzungen nichts einzuwenden. Wichtig ist hierbei, dass Qualitätsstandards hinsichtlich der Zulassung zu freien Berufen nicht unterschritten werden und keine Nachteile für Verbraucher entstehen. Das System der Bundesrepublik Deutschland hat sich in der Vergangenheit mit seinen hohen Standards überwiegend bewährt. Sicherlich sind Veränderungen im bundesdeutschen System denkbar, allerdings dürfen hierunter die Qualitätsstandards nicht leiden. Der Prozess sollte daher vom Landtag aufmerksam begleitet werden. Weiterhin sollte sich die Landesregierung auf Bundesebene für die Gewährleistung hoher Qualitätsstandards einsetzen.